

Betr.: Kommunalpolitische Transparenz und demokratische Hygiene in Ahrensfelde

Offener Brief an Mandatsträger/ innen und Entscheidungsbeteiligte

**in den Ortsbeiräten von Ahrensfelde, Blumberg, Eiche, Lindenberg und Mehrow (Ortsvorsteher),
in der Gemeindevertretung Ahrensfelde und
in der Gemeindeverwaltung Ahrensfelde**

*Dieser Offene Brief lädt die Bürgerinnen und Bürger von Ahrensfelde und seinen Ortsteilen
zu weiteren Unterschriften ein (unbefristete Aktion).*

Lindenberg, im Juli 2023

Sehr geehrte Gemeindevertreter/innen und Ortsbeiräte,
sehr geehrte Entscheidungsbeteiligte in der Verwaltung, sehr geehrter Herr Bürgermeister Gehrke,

in unserer Gemeinde hat sich eine schädliche demokratische (Un-) Kultur entwickelt, deren Ausmaß eine zunehmend kritische Aufmerksamkeit bei Bürgern und Bürgerinnen und deren Bereitschaft hervorrief, diese nicht länger still hinzunehmen. Entfremdung und Misstrauen bestimmen inzwischen bei vielen die Beobachtung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und der Entscheidungsbeteiligten im Rathaus, deren Handeln sich immer mehr abschottet. Viele kommunalpolitische Entscheidungen sind intransparent, weil Informationen verweigert und Bürgerbeteiligungen ausgeschlossen oder sabotiert werden. Viele Entscheidungen stehen im Verdacht, dass ein innerer Kreis von Entscheidungsträgern im Rathaus mit privatwirtschaftlich interessierten Außenstehenden die Entwicklung der Gemeinde zulasten des Gemeinwohls verabredet. „Persönliche Beziehungen“, Vorteils-gewährung sowie ein fehlendes Unrechtsbewusstsein und arrogantes Demokratieverständnis („Schließlich wurden wir gewählt.“) bestimmen bei einem Teil dieser Entscheidungsträger/innen die kommunalpolitischen Schwerpunkte und ihre Umsetzung.

Es werden z.B. Entscheidungen von Ortsbeiräten und Gemeinde- und Gremienvertretern getroffen, die offenkundig gegenüber einem sog. Investor befangen sind, oder die sogar privatwirtschaftlich an seinen Projekten interessiert sind; das Gebot, sich in solchen Fällen der Stimme zu enthalten, wird fortgesetzt ignoriert (Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot im Kommunalrecht). Es gibt intransparente Entscheidungsvorgänge, zu denen auf Nachfrage Informationen verweigert werden und bei denen bestimmte Vertreter – einschließlich Verwaltungsangestellten – als Fürsprecher zweifelhafter privater wirtschaftlicher Interessen auftreten. Oder dass Gremien diese Hintergründe nicht durchleuchten wollen. Im Bedarfsfall arbeitet die Verwaltung schon mal „beratend“ diesen begünstigten privaten Interessen unterstützend zu. Im Fall der beabsichtigten Vernichtung von Ackerland für ein privates Bauvorhaben (Birkholzer Allee) wird das Gemeinwohl und der Erhalt von Natur- und Kulturlandschaft zugunsten des Profits Weniger mit Füßen getreten. Auch die Verstrickungen um den beabsichtigten schulfernen Standort der Sporthalle des geplanten Gymnasiums (Ulmenallee) u.a. müssen aufgeklärt werden. Oder dass bei vielen Planungen mit keinen, verschwiegenen oder nicht belastbaren Zahlen/ Daten gearbeitet wird, um Projekte mit Bezug zu privaten Interessen durchzubringen. Auch die Praxis der Auftragsvergabe der Gemeinde zeigt seit vielen Jahren auffällige Begünstigungen. Und vieles mehr.

Das Fragerecht der Bürgerinnen und Bürger wird bei den halbstündigen Einwohnerfragestunden durch Formalien und Fehlinformationen unterlaufen oder beschnitten. Mit langatmigen und ablenkenden Erklärungen werden Antworten gegeben, die nichts mit der gestellten Frage zu tun haben und Zeit auf Kosten des Fragerechts der Bürger schinden. Kritisch Fragende werden verunglimpft oder es wird ihnen erst gar nicht das Wort erteilt.

Eine kürzliche Einwohnerbefragung wurde dazu benutzt, durch die Manipulation von Fragen und Desinformation die Willensbildung der Bürger zu behindern und im Sinne des Bürgermeisters zu beeinflussen bzw. zu zersetzen; die Nichtanonymität des „Fragebogens“ sollte einschüchtern und von der Teilnahme abschrecken.

Äußerungen in der „schweigsamen Bürgerschaft“ und von Gemeindeangestellten bezeugen, dass inzwischen vom Rathaus und der Gemeinde als Arbeitgeber ein schlimmes Klima der Angst und Einschüchterung ausgeht und zu tiefgreifender Resignation in der Ortsbevölkerung führte.

Wir Bürger sind Souverän in dieser Gemeinde; daran muss man Sie erinnern. Dass Sie teilweise gewählt wurden, ist kein Freibrief für Fehlverhalten. Die Vorgänge im Ahrensfelder Rathaus sind ein zivilgesellschaftlicher Beobachtungsfall geworden und eine Angelegenheit des Schutzes von demokratischen Strukturen. Wir Bürgerinnen und Bürger müssen in den kommenden Monaten und Jahren versuchen, Transparenz bei kommunalpolitischen Entscheidungen herzustellen und zivilgesellschaftliche und demokratische Standards in der Gemeinde Ahrensfelde zu forcieren. Die Hintergründe und persönlichen Verstrickungen müssen bei einigen Vorgängen nachträglich aufgeklärt werden; dazu gehören auch die kommunalpolitischen Entscheidungen, die offenkundig von den jahrzehntealten persönlichen Verbindungen zwischen Einzelnen und dem Wissen übereinander beeinflusst scheinen. Es ist zu prüfen, ob und wo es zu rechtlich verwertbaren Amtspflichtverletzungen, Untreue, direkter oder indirekter Vorteilsgewährung und -annahme usw. gekommen ist.

Wir fordern von Ihnen und mahnen Vorsicht an:

- Stellen Sie alle Planungen ein, die durch befangene Entscheidungen/ Nichtenthaltungen und/ oder strafrechtlich relevante Einflussnahmen zustande kamen und deshalb unwirksam sein können.
- Enthalten Sie sich zukünftig jeglicher Mitwirkung bei Beratungen und Entscheidungen, in deren Gegenstand Sie persönlich verstrickt sind/ sein könnten und enthalten sich der Stimme. Wir weisen Sie explizit auf das Mitwirkungsverbot nach BbgKVerf § 22, 31 u.a. hin.
- Verhindern Sie Abstimmungen, in denen es direkt oder indirekt um Bodenspekulation geht, oder deren Nutzen für das Gemeinwohl nicht nachgewiesen oder garantiert wird und/ oder man mit unklaren Daten arbeitet.
- Beteiligen Sie sich zukünftig nur noch an kommunalpolitischen Vorgängen, die transparent sind und ein transparentes Handeln sowie ehrliche und kompetente Antworten auf Fragen und Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern zeigen.
- Führen Sie zur Sicherstellung vollständiger Sitzungsdokumentationen neben der kommunalrechtlich vorgesehenen Möglichkeit von Hybrid-Sitzungen ebenfalls die Aufzeichnung der Gremiensitzungen sowie deren Verfügbarkeit in der Mediathek auf der Webseite www.ahrensfelde.de ein. Bestätigen Sie nur noch wahrheitsnahe und vollständige Protokolle von Sitzungen und verhindern Sie die Unterschlagung von Protokollinhalten.
- Alle Mitglieder der Gemeindegremien (beamtet oder ehrenamtlich tätig) und direkt oder indirekt an Entscheidungen beteiligte Angestellte der Gemeindeverwaltung werden aufgefordert, folgende Informationen über sich auf der Webseite der Gemeinde zu veröffentlichen: nebenberufliche Tätigkeiten und Beraterverträge; Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien; Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form; Mitgliedschaften in Organen von Zweckverbänden, Genossenschaften und vergleichbaren Zusammenschlüssen; Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen; Vorstandsfunktionen in Vereinen und in vergleichbaren Gremien.

Dieser Offene Brief geht selbstverständlich davon aus, dass die meisten Mitglieder der kommunalpolitischen Organe von Ahrensfelde nicht in inkriminierte Vorgänge verstrickt sind.

Diese Initiative kommt aus der Mitte der Ahrensfelder Zivilgesellschaft und hat auch die Absicht, Bürgerinnen und Bürger zum Thema kommunalpolitische Transparenz in Ahrensfelde zu vereinigen.

Erstunterzeichner (in alphabetischer Reihenfolge)

*Evelyn Freitag
Monika Frontzek
Dr. Hans Georg K. Gebel
Simone Knies*

*Dipl.-Jur./ Dipl.-Phil. Hartmut Moreike
Dr.-Ing. Helmut Pöltelt
Sven Richter
Margit und Dieter Rudinger
Gabriele und Michael Schröpfer*

*Pia Schulze
Patrick Seiler
Gerald Tautenhahn
Simone Ulrich
Bernhard Ziemer*

Bürgerinnen und Bürger von Ahrensfelde und seinen Ortsteilen sind aufgerufen, diesen Offenen Brief mit zu unterschreiben und zu verbreiten. Dazu Ihre Namensangabe mit Kontaktdaten bitte schicken an: transparency.ahrensfelde@posteo.de. Damit wird auch das Einverständnis erklärt, dass der Name des Unterzeichners/ der Unterzeichnerin unter dem Offenen Brief zukünftig veröffentlicht werden darf. Sonstige Informationen an diese (geschützte) Mailadresse werden grundsätzlich nicht weitergegeben. Auswertungen werden anwaltlich begleitet.
Dieser Aufruf läuft unbefristet. Eine aktive Unterschriftenwerbung wird von der Initiative nicht betrieben.